

Antrag

A3NEU10.2 BDKJ gegen rechts – Aus christlicher Überzeugung gegen Faschismus und für Demokratie!

Antragsteller*in: KjG
Status: Modifiziert

Antragstext

1 Situationsbeschreibung

2 Extrem rechte und populistische Positionen und Handlungen kennzeichnet ihr Hass
3 auf bestimmte Personengruppen und deren bewusste Ungleichbehandlung. Zu den
4 betroffenen Gruppen gehören beispielsweise (aber nicht ausschließlich) Menschen
5 mit internationaler Familiengeschichte, Frauen, queere Menschen, jüdische
6 Menschen und Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen. Rechte
7 Akteur*innen aus besonders christlich geprägten Kulturräumen sind zudem häufig
8 feindlich gegenüber Muslim*innen eingestellt.

9 Bedrohlich ist zudem, dass die extreme Rechte gezielt versucht, demokratische
10 Strukturen und Institutionen zu zerstören. Eine Strategie der neuen Rechten ist
11 Positionen in Legislative, Exekutive und Judikative gezielt zu besetzen und
12 dadurch extrem rechte und populistische Ideologien zu verbreiten. Dies schwächt
13 fortlaufend unsere demokratischen Institutionen von innen. Dies beinhaltet unter
14 anderem vermeintlich harmlose Demonstrationen, ebenso wie die Lähmung
15 parlamentarischer Arbeit oder die Ablehnung des Rechtsstaates. **Sie** zeigt sich am
16 deutlichsten in der Planung gewaltvoller Umstürze mit Anschlägen auf gewählte
17 Vertretungen und marginalisierte Gruppen.

18 Besorgniserregend ist, dass diese Strategien Wirkung entfalten und sich im
19 Erstarren faschistischer Kräfte in Europa und weltweit zeigen.
20 Menschenfeindliche Positionen werden gesellschaftsfähiger..

21 Positionierung

22 Als **katholische** Jugendverbände stellen wir uns konsequent gegen extrem rechte
23 und populistische Positionen und Handlungen und setzen uns für eine vielfältige
24 und demokratische Gesellschaft ein. Die Unterstützung von demokratischen
25 Verfahren wie die Beteiligung an Wahlen ist für uns selbstverständlich.

26 Wir lehnen jede Art von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ab und fördern in
27 unserer Arbeit explizit marginalisierte Gruppen. Wir positionieren uns klar
28 gegen Demokratiefeindlichkeit und **Autoritarismus**. **Wir** bekennen uns zur Wahrung
29 der Menschenrechte weltweit. **Um das zu gewährleisten, braucht es**
30 **partizipatorische Prozesse und demokratische Kontrollmechanismen**.

31 Wir verstehen uns als antifaschistisch: Wir stehen für eine demokratische,
32 gleichberechtigte und solidarische Gesellschaft und Kirche ein und wenden uns
33 gegen jede Art der Ausgrenzung und Unterdrückung von Menschen. Diese

34 Grundhaltung geht einher mit unserem christlichen Glauben, aus dem heraus wir
35 alle Menschen als Gottes Ebenbilder betrachten, sowie mit unserer demokratischen
36 Grundüberzeugung, die die gleichberechtigte Teilhabe aller sowie die
37 unveräußerliche Würde des Menschen beinhaltet.

38 Zu dieser antifaschistischen Grundhaltung hat sich die Hauptversammlung 2022
39 innerhalb des Grundsatzprogramms des BDKJ bekannt.

40 **Konsequenzen für die Arbeit des BDKJ**

41 • **Position beziehen**

42 Wir beobachten rechte Vorfälle deutschland- und weltweit. Wir beziehen
43 öffentlich klar Position gegen derartige Vorfälle, solidarisieren uns mit
44 den Betroffenen und setzen uns nachdrücklich für Aufklärung und
45 Aufarbeitung ein. Wir nutzen unsere Kontakte, um auf die eindeutige
46 Abgrenzung von rechten Akteur*innen, **insbesondere auch in den kirchlichen**
47 **Strukturen**, hinzuwirken. Hierzu haben wir bereits Beschlüsse gefasst, die
48 wir an dieser Stelle noch einmal bekräftigen.[\[1\]](#)

49 • **Bildungsarbeit**

50 **Wir verstehen Jugendverbandsarbeit als zentrales, wertebasiertes**
51 **Bildungsangebot für junge Menschen. Politische Bildung ist für uns ein**
52 **zentraler Bestandteil einer funktionierenden Demokratie. Unsere**
53 **Bildungsangebote haben einen rassistuskritischen und feministischen**
54 **Anspruch. Junge Menschen lernen gesellschaftliche und kirchliche Normen zu**
55 **hinterfragen, selbstständig zu denken und werden gestaltender, mündiger**
56 **Teil einer demokratischen Gesellschaft.**

57 • **Vernetzung**

58 Um das Thema Antifaschismus in allen Jugend- und **Diözesanverbänden** weiter
59 auszugestalten, schafft die BDKJ Bundesebene ein Vernetzungsangebot, bei
60 dem good practice Beispiele vorgestellt und durch die Expertise der
61 anderen erweitert werden kann. Zudem vernetzt sich der BDKJ Vorstand mit
62 anderen antifaschistischen Organisationen und Gruppierungen, um eine
63 größere Schlagkraft zu entwickeln. Innerhalb dieser unterstützen wir
64 Projekte, die unsere demokratische Gesellschaft unterstützen, z.B. die
65 U18/ U16-Wahlen des DBJR.

66 • **Wir wählen! NICHT die AfD**

67 Mit der AfD ist eine rechtsextreme Partei einflussreich in der Politik
68 vertreten. Für uns ist die Wahl oder Unterstützung dieser Partei nicht
69 vereinbar mit unserer antifaschistischen Grundüberzeugung als katholische
70 Jugendverbänder*innen. Die Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Partei
71 wie der AfD sowie in ihr nahestehenden oder anderen rechtsextremen
72 Organisationen ist mit der Mitgliedschaft in unseren Verbänden
73 unvereinbar.

74 **Forderungen an die Politik**

75 Um unsere pluralistische und freiheitlich-demokratische Gesellschaft zu schützen
76 und gegen Angriffe von rechts zu verteidigen, fordern wir von der Politik:

- 77
- 78 • **keine Finanzierung extrem rechter Parteien und Stiftungen**
79 Parteien und Stiftungen, die diskriminierende und demokratiefeindliche
80 Grundüberzeugungen vertreten, dürfen nicht mit staatlichen Mitteln
81 unterstützt werden. Das im Grundgesetz verankerte Prinzip der wehrhaften
82 Demokratie muss umfassend genutzt werden, um unsere Demokratie gegen ihre
83 Feind*innen zu schützen. Wir fordern die demokratischen Parteien auf, sich
84 dafür einzusetzen, die staatlichen Zuwendungen an extrem rechte Parteien
85 und **deren nachgeordneten Organisationen sowie** Stiftungen zu begrenzen und
86 einzustellen. Deshalb begrüßen wir das **Stiftungsfinanzierungsgesetz, das**
87 die Förderung von politischen Stiftungen an die Verfassungstreue knüpft.
 - 88 • **umfassende Aufarbeitung von strukturellem Rassismus und Polizeigewalt**
89 In mehreren wissenschaftlichen Arbeiten konnte nachgewiesen werden, dass
90 in staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen struktureller
91 Rassismus existiert. Dieser führt zu alltäglicher Diskriminierung, zum
92 Beispiel von migrantisch gelesenen Menschen. Aus diesem Grund kommt es
93 immer wieder auch zu gewaltsamen Übergriffen durch Polizist*innen. Wir
94 solidarisieren uns mit den Betroffenen von strukturellem Rassismus und
95 Polizeigewalt. Wir fordern eine umfassende Aufarbeitung dieser Strukturen
96 und Vorfälle.
 - 97 • **konsequente Verfolgung rechter Übergriffe und Gewalttaten**
98 Mit großer Sorge nehmen wir die steigenden Zahlen extrem rechter
99 Übergriffe und Gewalttaten wahr. Ihnen liegen unterschiedliche
100 Motivationen zugrunde (Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit,
101 Antifeminismus etc.). Die Vorfälle haben jedoch eine Gemeinsamkeit: Sie
102 treffen Minderheiten, die wir als Gesellschaft besser schützen müssen. Wir
103 fordern daher, diese Übergriffe und Gewalttaten, auch im Internet,
104 konsequent zu verfolgen und ihnen präventiv entgegenzuwirken. Dazu gehört
105 auch, sie nicht als Einzelfälle abzutun. **Dabei darf insbesondere Gewalt in
und durch digitale Räume und deren Folgen nicht verharmlost werden.**²
 - 106 • **Verstetigung der Finanzierung von Projekten zur Demokratieförderung**
107 Es gibt viele gute zivilgesellschaftliche Projekte zur
108 Demokratieförderung. Häufig stehen diese jedoch auf einer prekären
109 finanziellen Grundlage und bekommen lediglich zeitlich befristete
110 Projektfinanzierungen. Wir fordern, die Finanzierung dieser Projekte auf
111 eine solide und langfristige Basis zu stellen. Dafür muss das von der
112 Bundesregierung geplante Demokratiefördergesetz zügig beschlossen und
113 umgesetzt werden. Auf eine „Extremismusklausel“, die die Projekte unter
114 Generalverdacht stellt, muss dabei verzichtet werden.
 - 115 • **Zurückdrängen extrem rechter und populistischer Positionen**
116 Extrem rechte und populistische Positionen verbreiten sich zunehmend in
117 der politischen Debatte. Beispiele dafür sind die Auseinandersetzung um
118 die europäische Abschottungspolitik gegen Migrant*innen oder Angriffe auf
119 queere Lebenswelten. Wir fordern alle politischen Parteien auf, sich aktiv
120 dafür einzusetzen, extreme und populistische Positionen aus ihren eigenen
121 Strukturen und aus der Politik insgesamt zurückzudrängen.

122 • **Ende der Kriminalisierung von gewaltfrei agierenden Antifaschist*innen**

123 Wir nehmen wahr, dass die Repressionen gegenüber gewaltfreiem,
124 antifaschistischem Aktivismus durch staatliche Institutionen deutlich
125 zunehmen. Dies trägt maßgeblich dazu bei, dass Menschen durch
126 Einschüchterung daran gehindert werden, ihre antifaschistische
127 Grundhaltung klar zu benennen und aktiv zu werden. Wir fordern ein Ende
128 von Repressionen gegenüber gewaltfrei agierenden Aktivist*innen und
129 gegenüber deren Vernetzung. Es muss gefahrlose Möglichkeiten geben,
130 weiterhin unsere Demokratie durch zivilgesellschaftliches Engagement zu
131 schützen.

132 **Forderungen an die katholische Kirche**

133 Als katholischer Jugendverband fordern wir von der katholischen Kirche:

134 • **Reform und Aufarbeitung**

135 Die Strukturen der katholischen Kirche weisen zahlreiche diskriminierende
136 Bestandteile auf, insbesondere im Hinblick auf Frauen- und
137 Queerfeindlichkeit, aber auch im Hinblick auf strukturellen Rassismus,
138 Antisemitismus und Antijudaismus. Wir fordern die Verantwortlichen in der
139 Kirche auf, gegen diese Strukturen vorzugehen und sie zu reformieren.
140 Darüber hinaus muss bereits geschehenes Unrecht, auch aus dem Kontext der
141 kolonialistischen Missionsarbeit, aufgearbeitet werden.

142 • **Stellung beziehen als moralische Instanz**

143 Die katholische Kirche hat als moralische Instanz einen großen Einfluss
144 auf ihre Mitglieder und in die Gesellschaft und Politik hinein. Wir
145 fordern die Verantwortlichen in der Kirche auf, aus der christlichen
146 Überzeugung heraus immer wieder klar Stellung gegen die extreme Rechte zu
147 beziehen.

148 • **Distanzierung von Demonstrationen und Veranstaltungen, bei denen extrem rechte Aktivist*innen involviert sind**

149 Immer wieder nutzen extrem rechte Aktivist*innen Demonstrationen und
150 Veranstaltungen, um in weiteren gesellschaftlichen Kreisen anschlussfähig
151 zu werden. Dies geschieht auch bei religiös motivierten Veranstaltungen,
152 wie z.B. dem sogenannten „Marsch fürs Leben“. Wir fordern von den
153 Verantwortlichen in der Kirche, sich klar von Demonstrationen und
154 Veranstaltungen zu distanzieren, bei denen extrem rechte Aktivist*innen
155 beteiligt sind oder ohne Widerstand der Organisator*innen teilnehmen
156 können. Hier gilt es deutlich zu machen, dass der christliche Glaube nicht
157 für die Verbreitung rechter Ideologie missbraucht werden darf.
158

159 • **Verbindungen zwischen fundamentalistischen Christ*innen und der extremen Rechten benennen und bekämpfen**

160 In ihrem Kampf gegen unsere demokratische und pluralistische Gesellschaft
161 und gegen liberale Christ*innen bilden fundamentalistische Christ*innen
162 und Akteur*innen der extremen Rechten häufig enge Allianzen. Einige
163 Akteur*innen sind Teil beider Milieus. Wir fordern von den
164 Verantwortlichen in der Kirche, diese Problematik, neben Problemen mit
165
166

167 fundamentalistischen Christ*innen an sich, klar zu benennen, sich von den
168 beteiligten Akteur*innen zu distanzieren und sie nach Möglichkeit aus den
kirchlichen Strukturen auszuschließen.

169 Wir setzen uns nachdrücklich ein für eine Gesellschaft und für eine Kirche frei
170 von Diskriminierung. Wir kämpfen gegen rechte Ideologien und Handlungen. Wir
171 sind antifaschistisch.

172 [\[1\]"Wir widersprechen, weil wir glauben!"](#) - Beschluss der BDKJ-
173 Hauptversammlungen 2016 und 2020

174 [\[2\] „Digitale Teilhabegerechtigkeit für junge Menschen“](#) - **Beschluss des BDKJ-**
175 **Hauptausschusses 2024**

Begründung

Extreme und populistische rechte Positionen und Haltungen haben in den letzten Jahren gesellschaftlich an Einfluss gewonnen. Die Aggressivität und Selbstverständlichkeit, mit der sie geäußert und verbreitet werden, hat stark zugenommen. Immer wieder folgen aus den Einstellungen auch Gewalttaten.

Die Hauptversammlung 2022 hat entschieden, Antifaschismus in ihr Grundsatzprogramm aufzunehmen. Die grundlegende Haltung und daraus folgende Konsequenzen, innerverbandlich und in der Lobbyarbeit, sollen mit diesem Antrag festgeschrieben werden.